

# Mehr Mitspracherecht bei Mieten gefordert

Gemeinderat soll erst sein Plazet geben

**Krailling** – Die Fraktionen von FBK und Grünen wollen bei der Vergabe von gemeindlichen Wohnungen mehr Mitspracherecht. Deshalb haben sie eine Änderung der Geschäftsordnung beantragt, dass Mietverträge künftig nur nach vorheriger Zustimmung des Gemeinderats oder einer seiner Ausschüsse abgeschlossen werden dürfen.

Auslöser für den Antrag in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats war die gemeindliche Immobilie in der Jahnstraße 5. Diese war teuer renoviert, im Anschluss nach Auffassung von FBK und Grünen aber unter Preisniveau vermietet worden.

Bei der Vergabe von Wohnungen müssten künftig mehr Kriterien einbezogen werden, forderte Dietlind Freyer-Zacherl (FBK). So sollten etwa Menschen, die wenig

verdienen, nicht gegenüber Bediensteten der Gemeinde, die eine Ballungsraumzulage bekommen, benachteiligt werden. Auch solle die Gemeinde nicht Wohnungen für Bedienstete ausweisen, sondern Dienstwohnungen, die man nach Ausscheiden der Mitarbeiter wieder vergeben könne. Andernfalls blieben ehemalige Bedienstete lebenslang in den Wohnungen.

Britta Metius (FDP) sprach sich dafür aus, mehr Transparenz herzustellen und hierfür eine Matrix zu entwickeln. Richard Siebler (CSU-Fraktion) schlug vor, einen Sachverständigen hinzuzuziehen, um zu erfahren, was in welcher Region Ober- und Untergrenzen für Mieten sind. Eine Entscheidung fällt der Gemeinderat nicht, er verwies das Thema in den Finanz-, Sozial- und Kulturausschuss. de